

EKD-Friedensbeauftragter: Frieden ist zu einem Hauptthema der Kirche geworden

Frieden ist nach Ansicht des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Friedrich Kramer, zu einem Hauptthema der Kirchen geworden. „Der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine vor fast zwei Jahren hat die Friedensfrage wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen gebracht“, betonte er bei der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, die in Breklum (Schleswig-Holstein) tagt. Nun werde wieder über Wege zum Frieden nachgedacht und auch kontrovers diskutiert, so der Landesbischof.

Friedensethische Fragen, aber auch ganz konkrete sicherheits- und außenpolitische Themen würden auf Synoden in den Landeskirchen und der EKD wie auch bei der katholischen Kirche und der Ökumene diskutiert, ebenso auf den Kirchentagen oder bei Akademietagungen, unterstrich der EKD-Friedensbeauftragte. „Dies ist auch eine Herausforderung für die Evangelische Friedensarbeit, die sich in ihren Arbeitsfeldern mit ihren Mitarbeitenden nach besten Kräften für den Frieden im In- und Ausland einsetzt“, so Landesbischof Friedrich Kramer.

Dabei gehe es aber nicht nur um den äußeren Frieden und um Kriege. „Die Frage nach dem gesellschaftlichen Frieden ist absolut dringlich, denn dieser ist ernstlich gefährdet“, machte der EKD-Friedensbeauftragte in Breklum deutlich. „Die hohen Umfragewerte der AfD müssen uns im Blick auf die kommenden Landtagswahlen stark beunruhigen. Das aufgedeckte Geheimtreffen in Potsdam von Rechtsextremen, AfD-Funktionären, Mitgliedern der Identitären Bewegung und Mitgliedern der Warteunion zeigt, in welchem Ausmaß unsere Demokratie gefährdet ist“, so Landesbischof Friedrich Kramer.

Die bei diesem Treffen verhandelten Pläne dazu, wie massenhaft Menschen mit Migrationsbiografie aus Deutschland vertrieben werden könnten, würden zeigen, dass es hier nicht um bloßen Protest frustrierter Demokraten, sondern um zutiefst rassistisches Zuwiderhandeln gegen die rechtsstaatliche Grundordnung gehe, betonte der EKD-Friedensbeauftragte. „Auch wir Kirchen und Friedensorganisationen sind hier gefragt“, so Landesbischof Friedrich Kramer. „Wir unterstützen die Demonstrationen und fordern die Menschen dazu auf, das ebenfalls zu tun. Demonstrieren ist wichtig, doch wir müssen mehr tun, um dem Rechtspopulismus den Nährboden zu entziehen“, so der EKD-Friedensbeauftragte. Dazu gehört für ihn, dass soziale

Dieter Junker
Öffentlichkeitsreferent
Tel: 0171 4161087
E-Mail: burggraf@evangelische-friedensarbeit.de

Ungerechtigkeiten, Teilhabemangel, Vereinsamung und kommunikative Blasenbildung bekämpft werden müssten.

Doch auch die Anfechtungen des Friedens im Ausland würden Sorgen bereiten. „Ich teile die Befürchtung von Papst Franziskus, wonach wir einen Weltkrieg auf Raten erleben und dass es der Menschheit an Protagonisten der Menschlichkeit und der Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, fehle“, meinte der EKD-Friedensbeauftragte in Breklum. „Das geopolitische Gefüge wird immer brisanter, unübersichtlicher, brüchiger. Konflikte werden vermehrt gewaltsam ausgetragen. Wir müssen uns in multipolaren oder multilateralen Kontexten zurechtfinden und sind für die Lösungen dringlicher Probleme wie Gewaltkonflikte, Energieversorgung, Migration und Klimanotstand auf die Kooperation mit schwierigen Partnern angewiesen“, warnte Landesbischof Friedrich Kramer auf der Konferenz für Friedensarbeit in Breklum.

Die „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD“ tagt aktuell in Breklum. Sie trat im Januar 2009 zum ersten Mal zu ihrer jährlichen Tagung zusammen, vernetzt die Arbeit aller relevanten Akteure aus der evangelischen Friedensarbeit und ermöglicht so eine breite Diskussion friedenspolitischer Entwicklungen und Strategien sowie die Abstimmung gemeinsamer Initiativen und Projekte. Die Konferenz will dabei Impulse an die leitenden Gremien der EKD und ihrer Gliedkirchen sowie für die Arbeit ihrer Mitglieder geben. Geleitet wird die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD vom Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Bonn, 29. Januar 2024/dj